

Bericht nach § 1 Abs. 4 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit- Organisationen Unterstützungsfonds

Monatsbericht für Oktober 2021

Wien, 2021

1 Allgemeines

Auf Basis der Beschlüsse des Nationalrats vom 29. Mai 2020 und des Bundesrats vom 4. Juni 2020 trat das Bundesgesetz über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds („NPO-Gesetz“, BGBl. I Nr. 49/2020) am 18. Juni 2020 in Kraft. Mit diesem Bundesgesetz wurde der „Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds“ („NPO-Unterstützungsfonds“) beim Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport eingerichtet. Gemäß § 1 Abs. 4 hat der Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport dem Sportausschuss des Nationalrats sowie dem Bundesminister für Finanzen monatlich einen Bericht über die nach dem NPO-Gesetz ergriffenen Maßnahmen vorzulegen.

Aus dem NPO-Unterstützungsfonds werden Förderungen an gemeinnützige Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, an kirchliche Organisationen sowie an freiwillige Feuerwehren vergeben, die durch die Covid19-Krise wirtschaftlich geschädigt wurden. Ziel der Förderungen ist es zu gewährleisten, dass die förderbaren Organisationen ihre satzungsmäßigen Tätigkeiten weiterhin erbringen können. Darüber hinaus sind auch Förderungen an Rechtsträger, an denen gemeinnützige oder kirchliche Organisationen mehrheitlich beteiligt sind, möglich.

Gemäß § 3 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds („NPO-Gesetz“) hat der Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus mit Verordnung Richtlinien über die Abwicklung der Förderungen aus dem NPO-Unterstützungsfonds zu erlassen.

Die NPO-Richtlinienverordnung (BGBl. II Nr. 300/2020) trat am 8. Juli 2020 in Kraft. Der Betrachtungszeitraum für Zuschüsse aus dem NPO-Unterstützungsfonds war der 1. April bis 30. September 2020. Anträge konnten bis zum 31. Dezember 2020 eingebracht werden.

Mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2021 wurde die Verlängerung des NPO-Unterstützungsfonds ermöglicht.

Die 2. NPO-Richtlinienverordnung (BGBl. II Nr. 99/2021) trat am 5. März 2021 in Kraft. Der Betrachtungszeitraum für Zuschüsse aus dem NPO-Unterstützungsfonds ist der 1. Oktober

bis 31. Dezember 2020. Anträge konnten vom 5. März 2021 bis zum 15. Mai 2021 eingebracht werden.

Die 3. NPO-Richtlinienverordnung (BGBl. II Nr. 307/2021) trat am 8. Juli 2021 in Kraft. Der Betrachtungszeitraum für Zuschüsse aus dem NPO-Unterstützungsfonds ist der 1. Jänner 2021 bis 30. Juni 2021. Anträge konnten vom 8. Juli 2021 bis zum 15. Oktober 2021 eingebracht werden.

Soweit antragsberechtigte Organisationen auch wirtschaftlich tätig sind, können Unterstützungsleistungen des NPO-Unterstützungsfonds als Beihilfe nach Art. 107 Abs. 1 AEUV zu qualifizieren sein. Daher wurden sowohl die NPO-Richtlinienverordnung als auch die nachfolgenden NPO-Richtlinienverordnungen als Beihilfen nach Art 107 Abs. 1 bei der Europäischen Kommission unter dem jeweils gültigen „Befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19“ angemeldet. Die Genehmigungen der Europäischen Kommission erfolgten am 6. August 2020 (SA.57928 (2020/N)) bzw. für die Verlängerungen am 24. Februar 2021 (SA.62010 (2021/N)) und am 29. Juni 2021 (SA.63649 (2021/N)).

2 Der NPO-Unterstützungsfonds

Ziel des NPO-Unterstützungsfonds ist es sicherzustellen, dass die fördernehmenden Organisationen ihre satzungsgemäßen Tätigkeiten weiterhin erbringen können. Die Förderung stellt daher auf eine Minderung des Schadens, der den fördernehmenden Organisationen durch COVID-19 entstanden ist, ab.

2.1 Ausgestaltung der Förderung für Q2 und Q3 2020

Förderungen aus dem NPO-Unterstützungsfonds ersetzen den fördernehmenden Organisationen bestimmte Arten von Kosten, die typischerweise im laufenden Betrieb einer Organisation anfallen. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit, einen sogenannten „Struktursicherungsbeitrag“ zu beantragen, der pauschal weitere Kosten bedecken kann, die nicht unter die förderbaren Kostenkategorien subsumiert werden können. Die Einführung des Struktursicherungsbeitrags (bis zu 7% der Einnahmen des vergangenen Jahres) ist einerseits verwaltungsökonomische und abwicklungstechnische begründet, erlaubt aber andererseits auch, den sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen der antragsberechtigten Organisationen Rechnung zu tragen.

Der Betrachtungszeitraum für förderbare Kosten war generell der 1. April 2020 bis 30. September 2020. Für unmittelbar durch Covid-19 verursachte Kosten wie z.B. Schutzausrüstung war der Betrachtungszeitraum 10. März 2020 (das Datum der ersten behördlichen Maßnahmen) bis 30. September 2020. Zudem konnten frustrierte Aufwendungen im Zusammenhang mit aufgrund von behördlichen Maßnahmen abgesagten Veranstaltungen geltend gemacht werden, wobei diese Aufwendungen vor dem 10.3.2020 entstanden sein mussten.

Die Förderung ist jedenfalls mit dem Einnahmenausfall begrenzt.¹ Die Basis für die Berechnung des Einnahmenausfalls waren die Einnahmen der ersten drei Quartale des Jahres 2020 und des jeweiligen Vergleichszeitraums, d.h. die ersten drei Quartale des Jahres 2019 bzw. der Durchschnitt der ersten drei Quartale aus 2018 und 2019.

Neben der individuellen Begrenzung der Förderung mit dem nachweisbaren Einnahmenausfall galten außerdem absolute Förderobergrenzen idH von 2.400.000,- Euro bzw. die gegebenenfalls anzuwendenden beihilferechtlichen Obergrenzen. Zudem bestand aus verwaltungsökonomischen Gründen eine Untergrenze für eine Förderung von 500,- Euro.

2.2 Ausgestaltung der Förderung für Q4 2020

Die Förderung für das Q4 2020 (1. Oktober 2020 bis 31. Dezember 2020) bestand aus dem „regulären“ NPO-Zuschuss und einem „Lockdown-Zuschuss“. Der „reguläre“ NPO-Zuschuss folgte der gleichen Systematik wie die Förderung für die vorhergehenden Quartale Q2 und Q3, wobei die Fördergrenzen der kürzeren Förderperiode teilweise angepasst wurden. So betrug die Förderobergrenze 1.200.000,- Euro bzw. die gegebenenfalls anzuwendenden beihilferechtlichen Obergrenzen und die Untergrenze 250,- Euro. Der Struktursicherungsbeitrag wurde durch die Beibehaltung der 7% bezogen auf die Förderperiode effektiv verdoppelt und mit 90.000,- Euro wurde auch die absolute Obergrenze von ursprünglich 120.000,- Euro nur teilweise der kürzeren Förderperiode angepasst.

Neben dem „regulären“ NPO-Zuschuss bestand für gemeinnützige Vereine, die ihre Tätigkeit aufgrund des Lockdown-Maßnahmen nicht ausüben konnten, auch die Möglichkeit, einen dem Umsatzersatz für Unternehmen vergleichbaren „Lockdown-Zuschuss“ zu beantragen. Für Organisationen, die einen Lockdown-Zuschuss erhielten,

¹ Für Förderungen unter 3.000,- Euro musste in der Förderperiode Q2-Q3 der Einnahmenausfall nicht nachgewiesen werden.

wurde der „reguläre“ NPO-Zuschuss hinsichtlich des Zeitraums, für den ein Lockdown-Zuschuss gewährt wurde, aliquotiert. Dabei wurde sichergestellt, dass es dadurch zu keiner Schlechterstellung der förderwerbenden Organisation im Vergleich zu dem für das gesamte Q4 berechneten „regulären“ NPO-Zuschuss kam. Die zeitliche Aliquotierung und das Prinzip der Nicht-Slechterstellung galten auch für förderwerbende Organisationen, die einen Umsatzerersatz gemäß Umsatzerersatz-VO erhalten haben.

2.3 Ausgestaltung der Förderung für das erste Halbjahr 2021

Die Förderung für das erste Halbjahr 2021 folgt der Systematik des „regulären“ NPO-Zuschusses der ersten beiden Förderperioden mit einer angepassten Förderobergrenze von 1.800.000,- Euro bzw. den gegebenenfalls anzuwendenden beihilferechtlichen Obergrenzen. Der „Struktursicherungsbeitrag“ zur Deckung von weiteren im ersten Halbjahr 2021 entstandenen Kosten, die nicht unter die förderbaren Kostenkategorien subsumiert werden können, betrug 10% der Einnahmen des Jahres 2019, höchstens jedoch 150.000,- Euro.

Darüber hinaus konnten (unabhängig von einem Einnahmenentfall) Kosten für Tests für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit SARS-CoV-2 (COVID-19-Tests) bis zu einer Höhe von 12.000,- Euro gefördert werden, sofern keine sonstige Möglichkeit der Förderung vorlag und die Tests verpflichtend durchzuführen waren sowie im unmittelbaren Zusammenhang mit der Erfüllung der statutengemäßen Aufgaben standen.

2.4 Abwicklung des NPO-Unterstützungsfonds über die Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS)

Die Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) als eine der erfahrensten Förderstellen des Bundes ist gemäß § 3 Abs. 2 des NPO-Gesetzes mit der Abwicklung des NPO-Unterstützungsfonds beauftragt. Anträge auf Unterstützung durch den NPO-Unterstützungsfonds erfolgten über eine elektronische Abwicklungsplattform, die eine hochautomatisierte Abwicklung der Förderung ermöglicht.

2.5 Information für förderwerbende Organisationen

Das Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport hat eine Website (www.npo-fonds.at) eingerichtet, die förderwerbende Organisationen umfassend über den NPO-Unterstützungsfonds informiert und auch einen direkten Link zur Antragstellung bietet. Darüber hinaus ist eine telefonische Hotline für Fragen zur Antragstellung eingerichtet.

3 Zusagen und Auszahlungen (Stand 31. Oktober 2021)

Am 15. Oktober endete die Möglichkeit, Anträge auf Unterstützungen aus dem NPO-Unterstützungsfonds zu stellen. Über die drei Förderperioden wurden insgesamt 51.996 Anträge gestellt, wovon 47.354 in Bearbeitung genommen wurden und bis zum 31. Oktober 4.642 Anträge entweder auf Wunsch der antragstellenden Organisation außer Evidenz genommen (und in vielen Fällen korrigiert und neu gestellt) oder abgelehnt wurden. Von den 47.354 Anträgen in Bearbeitung wurden bis zum 31. Oktober 41.883 Förderungen (88,5% der Anträge in Bearbeitung) an 22.424 begünstigte Organisationen zugesagt.

Tabelle 1: Zusagen und Auszahlungen per 31. Oktober und per 30. September 2021

Anzahl bzw. TEUR	31. Oktober	30. September
Zusagen	41.883	39.205
Zugesagtes Fördervolumen in TEUR	636.352	585.545
Auszahlungen	41.780	39.159
Auszahlungen in TEUR	593.601	551.579
Begünstigte Organisationen	22.424	22.206*

Anm.: Die Anzahl der Zusagen ist höher als die Anzahl der Begünstigten, da die Anzahl der Zusagen auch Folgeanträge für das vierte Quartal 2020 sowie das erste Halbjahr 2021 umfasst.

* Korrektur ggü. dem Bericht für September nach der Bereinigung von Doppelzählungen.

Am 31. Oktober waren noch 5.471 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 133,4 Mio. Euro in Bearbeitung. Dieser Betrag bildet eine Obergrenze für weitere Zusagen (wobei es in spezifischen Einzelfällen auch zu Korrekturen nach oben kommen kann) für das restliche Jahr 2021 und das Jahr 2022.

Tabelle 2: Durchschnittliche Höhe der Zusagen und Auszahlungen per 31. Oktober 2021

	Euro
Zusagen	15.194
Auszahlungen	14.208
Zusage pro begünstigter Organisation	28.378

Tabelle 3: Zusagen – Staffelung nach relevanten Größenklassen¹ per 31. Oktober 2021

Größenklasse in Euro	Anzahl Zusagen	Prozent der Zusagen
bis 3.000	18.212	43,5%
3.000 - 12.000	15.986	37,2%
12.000 - 200.000	6.672	17,3%
200.000 - 800.000	352	0,8%
über 800.000	69	0,2%
Gesamt	41.883	100,0%

- ¹ 3000,- Euro: Grenze für den Nachweis des Einnahmenausfalls in der Periode Q2/Q3 2020
12.000,- Euro: StB/WP Pflicht in der Periode Q2/Q3
200.000,- Euro: Beihilferechtliche „de Minimis“ Grenze
800.000,- Euro: Beihilferechtliche Grenze im „Befristeten Rahmen“ in der Periode Q2/Q3 2020

Tabelle 4: Zusagen und Auszahlungen nach Sektoren per 31. Oktober 2021

Sektor	Anzahl Zusagen	Prozent der Zusagen	Volumen in TEUR	Prozent des Volumens	Auszahlungen in TEUR
Sport	12.702	30,3%	134.093	21,1%	130.720
Kunst und Kultur	7.636	18,2%	85.840	13,5%	83.335
Religion und kirchliche Zwecke	5.748	13,7%	87.805	13,8%	79.834
Feuerwehren	5.675	13,5%	31.338	4,9%	30.906
Gesundheit, Pflege, Soziales	2.385	5,7%	118.066	18,6%	102.015
Weiterbildung, Bildung, Wissenschaft	1.849	4,4%	93.955	14,8%	85.243
Sonstiges	5.888	14,1%	85.255	13,4%	81.548
Gesamt	41.883	100,0%	636.352	100,0%	593.601

Tabelle 5: Zusagen und Auszahlungen nach Bundesländern per 31. Oktober 2021

Bundesland	Anzahl Zusagen	Prozent der Zusagen	Volumen in TEUR	Prozent des Volumens	Auszahlungen in TEUR
Burgenland	1.695	4,0%	15.707	2,5%	15.064
Kärnten	3.134	7,5%	29.087	4,6%	28.450
Niederösterreich	10.480	25,0%	86.654	13,6%	83.570
Oberösterreich	8.031	19,2%	118.452	18,6%	108.270
Salzburg	1.908	4,6%	43.204	6,8%	41.160
Steiermark	6.218	14,8%	61.054	9,6%	58.987
Tirol	4.174	10,0%	48.288	7,6%	45.225
Vorarlberg	1.651	3,9%	33.601	5,3%	32.922
Wien	4.592	11,0%	200.305	31,5%	179.954
Gesamt	41.883	100,0%	636.352	100,0%	593.601

Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport

Radetzkystraße 2, 1030 Wien

bmkoes.gv.at

